

# KiZ

## KOMMUNALPOLITIK im ZENTRUM

AUSGABE  
SEPTEMBER/2012



# „Engagierte Arbeit beim Städte- und Gemeindetag“

PolitikerInnen und Interessierte diskutierten über Finanzierungsmodelle für Kommunen und das Berufsbild BürgermeisterIn **Seiten 2 und 3**

### Präsentation:

Neuer IKW-Band „Wahrung und Stärkung der Gemeindeautonomie“ **Seite 4**

### Interview:

7 Fragen an Hannes Weninger **Seite 6**

### Rundschau:

Aktuelle Themen aus der Medienlandschaft **Seite 7**



## KIZ-EDITORIAL



**Liebe Leserin, lieber Leser!**

Zu kommunalpolitischen Themenstellungen sind in den letzten Jahren zahlreiche Publikationen erschienen. Ich möchte Euch nun ein besonders interessantes Werk aus der IKW-Schriftenreihe ans Herz legen, an dem ich auch selbst mitarbeiten durfte. Unter dem Titel „Wahrung und Stärkung der Gemeindeautonomie“ hat

das Zentrum für Kommunalwissenschaften kürzlich eine Sammlung von themenrelevanten Beiträgen namhafter AutorInnen präsentiert. In diesem Buch werden u. a. Vorschläge zu einer Strukturreform unterbreitet, die geeignet sind, die Gemeindeautonomie nachhaltig zu stärken und demokratische Entscheidungsprozesse auf kommunaler Ebene bürgernahe zu ermöglichen. Eine Leseempfehlung für die kommenden langen Herbstabende!

Von der (noch) theoretischen Betrachtung nun zur realen Politik. LAbg. Bgm. Rupert Dworak, Präsident des GVV NÖ, ließ vor wenigen Wochen mit einer Forderung aufhorchen, die auch meine Unterstützung hat. Nachdem die NÖ Landesklinikenholding das letzte Geschäftsjahr mit einer Kostenreduktion von 49 Mio. Euro abschloss, sprach er sich für eine Entlastung der Gemeinden und eine Senkung der Spitalsbeiträge aus. Auch ÖVP-Amtskollege LAbg. Bgm. Alfred Riedl schlug in dieselbe Kerbe und forderte für die Gemeinden den gerechten Anteil am Erfolg der Holding. Doch bei ÖVP-Fraktionskollegen LHStv. Wolfgang Sobotka stieß man damit auf taube Ohren. Dennoch gilt es, diesen Ansatz weiter zu verfolgen. Dranbleiben werden wir auch an der Forderung, dass die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur GmbH (OeBFA) nicht nur Bund und Ländern, sondern auch Städten und Gemeinden finanzielle Hilfestellung leisten können soll, was derzeit gesetzlich noch nicht möglich ist. In diesem Zusammenhang versuchen wir, hochrangige PolitikerInnen zu mobilisieren, sich für eine entsprechende Gesetzesänderung stark zu machen und für eine bessere Versorgung der Kommunen einzutreten. Zudem widmet sich das KPZ derzeit der Erstellung neuer Kommunalpolitischer Leitsätze für die zukünftige politische Arbeit. Diese sollen nächstes Jahr – genau 60 Jahre nachdem sie 1953 erstmals präsentiert wurden – vorgelegt werden und unsere Positionen präzisieren. In beiden Fällen würde ich mich über Eure Unterstützung und Eure Inputs sehr freuen.

Ich wünsche Euch einen schönen und erfolgreichen politischen Herbst!

**Bernhard Müller**  
Bundesvorsitzender des Kommunalpolitischen Zentrums der SPÖ



# Österreichischer Städtetag

## Forderung nach Wachstumsimpulsen und Strukturreformen zur Absicherung der Stadtfinanzen

Zum 62. Österreichischen Städtetag, der von 30. Mai bis 1. Juni in Dornbirn stattfand, kamen internationale Gäste sowie rund 800 TeilnehmerInnen aus ganz Österreich und debattierten über kommunale Fragestellungen. Das brennendste Thema war die finanzielle Situation der Städte: Trotz steigender Ertragsanteile konnten die Verluste der vergangenen Jahre nicht wettgemacht werden. „Städte sind das Rückgrat der Nation und haben dazu beigetragen, die schlimmsten Auswirkungen der Krise abzufedern. Eine rigorose Sparpolitik ist kontraproduktiv und gefährdet den sozialen Zusammenhalt. Wir brauchen Wachstumsimpulse und umfassende Strukturreformen“, sagte Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes.

### Gemeindekooperationen: Bessere Leistungen für weniger Geld

Wie zahlreiche Beispiele belegen, bemühen sich bereits jetzt einige Städte und Gemeinden, Sparpotenziale und Effizienzsteigerungen zu nützen und auszuschöpfen, so Weninger und meinte weiter, „Gemeindekooperationen sind ein Mittel, um für weniger Geld bessere Leistungen anbieten zu können. Der Städtebund tritt dafür ein, dass seine Mitglieder Einsparungspotenziale bei sich selbst suchen. Dazu gehört auch das Zusammenlegen von Verwaltungseinheiten.“ Für die Zukunft brauchen Städte jedenfalls mehr Rückenwind. Denn durch ihre Einrichtungen und Dienste der Daseinsvorsorge sichern sie soziale Rechte und gewährleisten damit die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. ■

Quelle: [www.staedtebund.gv.at](http://www.staedtebund.gv.at)



Pressekonferenz mit v.l.n.r. Städtebund-Generalsekretär **Thomas Weninger**, Städtebund-Präs. Bgm. **Michael Häupl** (Wien), Bgm. **Wolfgang Rümmele** (Dornbirn) und Städtebund-Vizepräs. Bgm. **Markus Linhart** (Bregenz)

# Österreichischer Gemeindetag



## Präsentation von Umfrageergebnissen zum Thema Vertrauen in die Kommunalpolitik und zum Berufsbild BürgermeisterIn

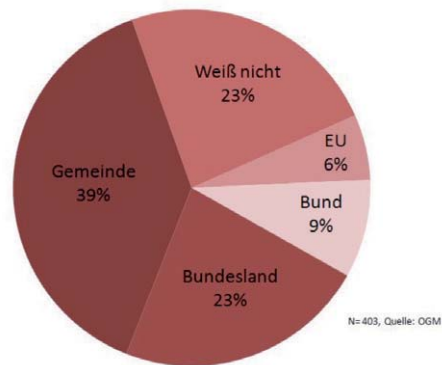
Beim gut besuchten 59. Österreichischen Gemeindetag, der von 12. bis 14. September in Tulln stattfand, präsentierten Gemeindebundpräsident Bgm. Helmut Mödlhammer und seine beiden Vizepräsidenten VP-GVV-NÖ-Präsident LAbg. Bgm. Alfred Riedl und SP-GVV-NÖ-Präsident LAbg. Bgm. Rupert Dworak im Rahmen einer Pressekonferenz hochinteressante Umfrageergebnisse und Fakten aus dem kommunalen Bereich.

### OGM-Umfrage: Vertrauen in KommunalpolitikerInnen ist am höchsten

In einer Blitzumfrage durch das Meinungsforschungsinstitut OGM hat der Österreichische Gemeindebund im Vorfeld des Gemeindetages die Stimmungslage bei der Bevölkerung über die politischen Ebenen erheben lassen. „Erfreulich ist, dass die Menschen der Gemeindepolitik immer noch am meisten Vertrauen schenken“, so Mödlhammer. „Wobei man schon anmerken muss, dass der generelle Frust über die Politik auch auf diesen Index stark

durchschlägt.“ Eindeutige Antworten geben die Menschen auf die Frage, welche Ebene (Bund, Land, Gemeinde) am effizientesten arbeitet. „Auch hier liegen die Gemeinden mit großem Abstand voran, gefolgt von den Bundesländern“, so Mödlhammer.

### Welcher politischen Ebene vertrauen Sie am meisten?



Gemeindebundpräsident Bgm. **Helmut Mödlhammer** (Mitte) und seine beiden Vizepräsidenten SP-GVV-NÖ-Präsident LAbg. Bgm. **Rupert Dworak** (li.) und VP-GVV-NÖ-Präsident LAbg. Bgm. **Alfred Riedl** (re.) präsentierten die Umfrageergebnisse

### Weitere Ergebnisse:

Ein Drittel aller heimischen Ortschefs/-chefinnen wollen nach Ablauf der aktuellen Periode nicht mehr kandidieren und die BürgermeisterInnen äußerten die Forderung nach einem besseren Aus- und Weiterbildungsangebot für AmtsträgerInnen.



Auch Bundesminister **Rudolf Hundstorfer** (Mitte) war Gast beim Gemeindetag in Tulln

### Schlussfolgerungen und Forderungen des Österreichischen Gemeindebundes

- ▶ Das Vertrauen in die Gemeinden als bürgerInnen-nächste Einheiten ist – trotz Vertrauensverlusten – noch am größten.
- ▶ Der Gemeindebund fordert die Prüfung jeder Gesetzesvorlage bzgl. Kostenfolgen durch den Rechnungshof, bevor sie in Begutachtung geht.
- ▶ Verwaltung und Abläufe werden nicht automatisch effizienter, je größer eine Einheit ist.
- ▶ Arbeitspensum und Anforderungen an BürgermeisterInnen steigen mit jedem Jahr und machen Aus- und Weiterbildungsangebote notwendig.
- ▶ Die soziale Absicherung von BürgermeisterInnen ist immer noch nicht zufriedenstellend gelöst.
- ▶ Wichtiger Teil der Absicherung der Ortschefs/-chefinnen ist auch die Minimierung haftungsrechtlicher Risiken.

Quelle: [www.gvvnoe.at](http://www.gvvnoe.at)



Prof. Friedrich Klug (3.v.li.) mit NR-Präs. Barbara Prammer (5.v.li.), Bgm. Bernhard Müller (2.v.li.) und GVV NÖ-Vorsitzendem LAbg. Bgm. Rupert Dworak (1.v.li.).

## BUCHPRÄSENTATION

# Wahrung und Stärkung der Gemeindeautonomie

Österreichs Kommunen befinden sich in einer schwierigen (Finanz-)Situation

von Univ.-Doz. FH-Prof. Friedrich Klug

Im Kern geht es im Buch, das am 26. September im Gartenhotel Altmannsdorf präsentiert wurde, um die schwierige Situation der österreichischen Kommunen und Möglichkeiten, die Finanzierung in den nächsten Jahren sicherzustellen. Dazu Prof. Friedrich Klug: „Die Gemeinden sind die erste und wichtigste Anlaufstelle für die BürgerInnen. Sie erbringen unentbehrliche Leistungen der Daseinsvorsorge, sorgen für Investitionen, beleben die örtliche Wirtschaft und sind wichtige Arbeitgeber. Deshalb gilt es, sie zu stärken anstatt zu schwächen.“ Auch Nationalratspräsidentin Barbara Prammer sprach sich für „flachere Strukturen“ und eine Aufgabenreform aus, wobei sie insbesondere die Sinnhaftigkeit der Bezirkshauptmannschaften in Frage stellte. Wissenschaftliche Unterstützung bekamen beide von WIFO-Mitarbeiterin Margit Schratzenstaller, die meinte, dass es an der Zeit sei, die kommunale Abgabensysteme herzustellen und die Grundsteuer fundamental zu reformieren. Eine Änderung der Grundsteuer verlangt auch seit Jahren Wiener Neustadts Bürgermeister Bernhard Müller. Der KPZ-Vorsitzende skizzierte abermals seinen Vorschlag für „Regionen mit Statut“. Er sieht in dieser Verwaltungsreform nur „Gewinner“ und könne selbst bei kritischer Betrachtung keinerlei „Nachteile“ erkennen. ■

### Wahrung und Stärkung der Gemeindeautonomie

von Friedrich Klug (Hrsg.)

IKW-Band 124

IKW-Schriftenreihe der Stadt Linz

Preis: € 15,00 (exkl. Postversand)

Bestellung: [ikw@ikw.linz.at](mailto:ikw@ikw.linz.at)

Liste aller IKW-Bände: [www.linz.at/bildung/IKW.asp](http://www.linz.at/bildung/IKW.asp)



Autor LAbg. Bgm. Herbert Thumpser

## BUCHTIPP

# Auch MitarbeiterInnen sind Menschen

Die interne Kommunikation mit VerwaltungsmitarbeiterInnen

von LAbg. Bgm. Herbert Thumpser

Interne Kommunikation kann die Motivation im Unternehmen steigern, das Arbeitsklima verbessern und die Identifikation mit dem Unternehmen erhöhen. Dies führt zu einer Effizienzsteigerung, zu einer besseren MitarbeiterInnenbindung und macht die MitarbeiterInnen zu einem wesentlichen Faktor der externen Kommunikation. Ob diese Annahmen nicht nur für die Privatwirtschaft sondern auch für den öffentlichen Sektor im Allgemeinen und für die mittelgroßen österreichischen Städte und Gemeinden im Speziellen gelten, hat LAbg. Bgm. Herbert Thumpser in diesem Buch näher untersucht. In diesem Zusammenhang befragte er einerseits BürgermeisterInnen zur Frage des Stellenwertes der internen Kommunikation, und andererseits die für die Öffentlichkeitsarbeit verantwortlichen Personen in den mittelgroßen österreichischen Städten und Gemeinden. Als Ergebnis der Forschung stellt der Autor fest, dass es zwischen der Theorie und der Praxis in der internen Kommunikation in mittelgroßen österreichischen Städten und Gemeinden durchaus eine Diskrepanz gibt. Einerseits wird der heutige und der zukünftige Stellenwert der internen Kommunikation von den BürgermeisterInnen mit hoch bewertet, andererseits gibt es in der alltäglichen Arbeit keine strategische Ausrichtung und keine weiterreichenden organisatorischen, personellen oder monetären Überlegungen. ■

### Auch MitarbeiterInnen sind Menschen

Die interne Kommunikation mit VerwaltungsmitarbeiterInnen - Für alle Führungskräfte in öffentlichen Verwaltungen  
von LAbg. Bgm. Herbert Thumpser

Preis: € 24,90 (zzgl. Versandkosten)

128 Seiten, Hardcover

Bestellungen: [monika@thumpser.at](mailto:monika@thumpser.at)





MEP Evelyn Regner

# Der kommunalpolitische Fachbeitrag

## Öffentliche Dienstleistungen dürfen nicht dem Wettbewerb geopfert werden!

von Evelyn Regner, Abgeordnete im Europäischen Parlament

Welche Entscheidungen soll die Europäische Union treffen und welche Entscheidungen können besser in den Regionen, Gemeinden und Städten getroffen werden? In diesem Spannungsfeld bewegt sich die europäische Politik tagtäglich, manchmal wird von europäischer Seite über das Ziel hinausgeschossen. Mit dem Vertrag von Lissabon wurde im Bereich der sozialen Dienstleistungen das Subsidiaritätsprinzip gestärkt. Ein guter und wichtiger Schritt, wissen die Gemeinden doch am besten, wie sie die Daseinsvorsorge bewältigen.

Dennoch wird immer wieder von Seiten der EU-Kommission versucht, in den Bereich der Daseinsvorsorge einzugreifen. Konkret plant man über den Bereich des Vergaberechts Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge zu

liberalisieren. Strom- und Wasserversorgung und Leistungen des öffentlichen Verkehrs müssen – geht es nach dem Willen der Kommission – zukünftig öffentlich und europaweit ausgeschrieben werden. Für die Gemeinden würde dies bedeuten, dass sie die Kontrolle über die Erbringung der Dienstleistungen verlieren. Es wäre dann nur mehr schwer möglich, die Aufträge an regionale Anbieter zu vergeben, sondern es müsste primär nach wirtschaftlichen Kriterien entschieden werden. Kommt diese Regelung, dann ist zu befürchten, dass aufgrund unterschiedlicher Löhne und sozialer Absicherung in den europäischen Staaten unlauterer Wettbewerb entsteht. Der zunehmende Preisdruck kann dazu führen, dass sich eine Abwärtsspirale bei den Löhnen und Gehältern bei den Angestell-

ten dieser Unternehmen bildet, was gleichzeitig negative Auswirkungen auf die Kaufkraft in den Gemeinden hätte. Außerdem könnten regionale Kooperationen durch die verpflichtenden Ausschreibungen erschwert werden. Die Proteste gegen die Pläne der Kommission sind groß und auch von Seiten der SozialdemokratInnen im EU-Parlament wird alles unternommen werden, um dafür Sorge zu tragen, dass öffentliche Dienstleistungen aus den Vorschlägen zum Vergaberecht ausgenommen werden. Denn der flächendeckende und gleichberechtigte Zugang zu Strom, Wasser und öffentlichem Verkehr ist ein Grundrecht und soll auch weiterhin auf regionaler Ebene geregelt werden. ■

Mehr über die Arbeit von MEP Evelyn Regner unter: [www.evelyn-regner.at](http://www.evelyn-regner.at)



Bgm. Peter Koits

## Im Porträt

Peter Koits ist seit 1999 Bürgermeister der Stadt Wels. Der gelernte Großhandelskaufmann promovierte zum Doktor der Rechtswissenschaften und arbeitete dann als Jurist für die Bezirkshauptmannschaft Wels-Land. Der 71-jährige Politiker ist im Städtebund aktiv und engagiert sich im Rat der Gemeinden und Regionen Europas in Straßburg.

**Name:**

Dr. Peter Koits

**Geburtsdatum und -ort:**

9. Mai 1941 in Wien

**Beruf:**

Gelernter Großhandelskaufmann, studierter Jurist

**Funktion:**

Bürgermeister der Stadt Wels

**Familie:**

Gattin Waltraut, Töchter Gabi und Barbara, Sohn Markus sowie sechs Enkelkinder

**Politisches Credo:**

Nur wenn alle an einem Strang ziehen, ist nachhaltiger Fortschritt möglich.

**Vorrangige Projekte in Wels:**

Rahmenbedingungen für den Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandort weiter verbessern, Bildungsoffensive vorantreiben, erneuerbare Energie gezielt fördern, Eintreten für Chancengleichheit in jeglicher Hinsicht und für ein gedeihliches Zusammenleben von Menschen jeglicher Herkunft.

**Vision für die Sozialdemokratie:**

Erfolg ist nur dann (wieder) möglich,

wenn der Mensch (wieder) in den Mittelpunkt jeglichen politischen Handelns gestellt wird.

**Politische Vorbilder:**

Bruno Kreisky

**Daran glaube ich:**

An das Gute im Menschen.

**Hobbys:**

Tischtennis, Nordic Walking und Radfahren

**Größter Wunsch:**

Angesichts meines Alters Gesundheit – und dass es meiner Familie gut geht. ■



## INTERVIEW

### Abg. z. NR Hannes Weninger

**1 Aufgrund der unterschiedlichen Funktionen, die Du bereits ausgeübt hast – vom Gemeinderat bis hin zum Nationalratsabgeordneten – kennst Du sämtliche politische Ebenen. In welchen Bereichen macht Deiner Meinung nach eine Strukturreform am meisten Sinn?**

Wenn man davon ausgeht, dass Reformen prinzipiell nur „beim Anderen“ ansetzen, werden wir nicht weit kommen. Selbstverständlich müssen Doppel- und Mehrgleisigkeiten, Effizienzlöcher und aufgeblähte Bürokratie auf allen Ebenen abgeschafft werden. Das darf aber nicht zu Lasten von Bürgerservice, demokratischen Mitentscheidungsstrukturen und Kontrolle gehen. Aktuell halte ich eine Neuregelung der Kompetenzen zwischen dem Bund und den Ländern als die dringendste Herausforderung.

**2 Österreichs Städte und Gemeinden sehen sich mit ernsthaften finanziellen Problemen konfrontiert, laut Studie können 72 % der Gemeinden nicht mehr ausgeglichen budgetieren. Welche Schritte muss die Politik nun setzen, um diese Misere in den Griff zu bekommen?**

Wenn die Ertragsanteile vom Bund ohne den politischen Filter der Länder direkt an die Städte und Gemeinden überwiesen würden, sähe vieles anders aus. Das gleiche gilt natürlich auch für jene Fördermittel, die der Bund für die Kinderbetreuung, die Schulerhaltung, für Integrationsprojekte etc. für die Kommunen ausschüttet. Grundsätzlich bedarf es aber auch hier einer Klärung nach dem Motto „Verantwortung und Geld“ bzw. „Wer anschafft, muss auch zahlen“.

**3 Die ÖsterreicherInnen stehen der EU generell sehr kritisch gegenüber. Die Skepsis ist hierzulande – verglichen mit anderen EU-Mitgliedsländern – besonders groß, wie Untersuchungen zeigen. Was sind die Gründe dafür? Wie kann die Politik darauf reagieren?**

Ich erinnere mich noch sehr genau an die Warnungen vor dem Beitritt 1995, den Fehler der alten Mitglieder nicht zu wiederholen und jede positive Entwicklung als nationalen Erfolg zu vereinnahmen und für jedes Problem Brüssel verantwortlich zu machen. Wir haben es trotzdem getan – ganz besonders die Rechtsparteien und einige Boulevardmedien. Zugegeben sind konservative Anschläge auf die Daseinsvorsorge und überbordender Regulierungswahn nicht immer hilfreich, europäische Bürokratie verständlich

zu machen. Aber nehmen wir uns doch an der eigenen Nase: Welche Rolle spielen europäische Themen in unserer täglichen politischen Arbeit? Die meisten halten die Ebene, auf der sie tätig sind, für die Allerwichtigste und der europäische Dialog bleibt auf der Strecke.

**4 Finanzkollaps in Griechenland, Jugendarbeitslosigkeit in Spanien – Krisenherde gibt es genug innerhalb der EU. Wie nähert sich die europäische Sozialdemokratie all diesen Problemen?**

Ja, und auch eine noch nie dagewesene historische Epoche des Friedens, die Freiheit für unsere Jugend überall in Europa lernen, leben und arbeiten zu können, Demokratie und Dialog statt Eisernem Vorhang und nationalistischen Festungen. Aber die europäische Sozialdemokratie muss stärker betonen, dass die Finanzkrise auf dem Nährboden von schrankenloser Liberalisierung und Deregulierung entstanden und das konservative Dogma „Mehr Privat, weniger Staat“ politisch gescheitert ist. Wir müssen die öffentlichen Haushalte in allen Bereichen sanieren, um von den internationalen Finanzmärkten unabhängiger zu werden und Gestaltungsspielraum zurück zu gewinnen. Gleichzeitig muss jeder Euro locker gemacht werden, um die europäische Wirtschaft anzukurbeln, Arbeitsplätze zu schaffen und unsere Sozialsysteme abzusichern.

**5 Du bist Mitglied im AdR, im KGRE sowie im RGRE und engagierst Dich in Fragen der Europapolitik. Wie wird sich die EU Deiner Einschätzung nach weiterentwickeln? Wo liegen die Chancen, wo die Risiken?**

Klar ist das gemeinsame Haus Europa noch lange nicht fertig und die Frage, wie es am Ende aussehen soll, nicht völlig geklärt. Aber das Fundament ist lange gelegt und der Rohbau aufgezogen. Es liegt an uns, wie wir es einrichten. Meine Vision ist ein politisch geeintes, sozial gerechtes und wirtschaftlich starkes Europa, in dem die kulturelle Vielfalt der Regionen ausgelebt wird und die Menschen alle Chancen und vor allem soziale Sicherheit vorfinden.

**6 Stichwort: Steuerpolitik. Was hältst Du von der viel zitierten „Reichensteuer“ in Österreich und von einer immer wieder thematisierten EU-weiten Finanztransaktionssteuer? Würden diese Steuern für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen?**

Die SPÖ kämpft für mehr Gerechtigkeit im Steuer-

system. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich einmal mehr gezeigt, dass FinanzspekulantInnen gerne satte Gewinne einstreifen, das Risiko jedoch auf Staaten und SteuerzahlerInnen abwälzen. Dazu kommt, dass Einnahmen aus vermögensbezogenen Steuern in Österreich nur 0,5 % des Bruttoinlandsproduktes (Großbritannien 4,2 %, USA 3,2 %) ausmachen, während wir bei der Besteuerung des Faktors Arbeit deutlich über dem OECD-Schnitt liegen. Mit dem Solidarbeitrag von Top-VerdienerInnen, der Vermögenszuwachs- und Immobiliensteuer, der Reformen bei Vorsteuerabzug, Konzern- und Gruppenbesteuerung, der Bankenabgabe, der Einschränkung der Stiftungsprivilegien und dem verstärkten Kampf gegen Steuer- und Abgabenhinterziehung haben wir in den letzten Monaten und Jahren eine Trendwende bei der Vermögensbesteuerung geschafft. Wir wollen keine Neidkampagne und keine Hetze. Unser Ziel ist ein gerechtes Steuersystem, zu dem jedeR seinen solidarischen Beitrag leistet.

**7 Du bist SPÖ-Umweltsprecher im Parlament. Worin siehst Du in dieser Funktion die Schwerpunkte Deiner Arbeit? Welchen Weg soll Österreich in Sachen Umweltpolitik künftig einschlagen?**

Bei(m) Klimawandel, Ressourcenvergeudung, Artenschutz, Meeresverschmutzung und Naturschutz – um nur einige Schlagworte zu nennen – ist es teilweise bereits „Fünf nach Zwölf“ und das politische Verantwortungsbewusstsein auf internationaler Ebene gering. Der Klimagipfel von Durban und die Nachhaltigkeitskonferenz in Rio haben einmal mehr die Widersprüchlichkeit zwischen den Industrie- und Entwicklungsstaaten deutlich gemacht. In Österreich setzen wir auf erneuerbare Energie und Energieeffizienz und haben mit dem Ökostromgesetz, der Umweltförderung und der thermischen Sanierung doch einiges auf den Weg gebracht. Aktuell gilt es, verbindliche Klimaschutzziele zu definieren und konkrete Umsetzungsmaßnahmen einzuleiten. Dabei dürfen wir aber nie vergessen, dass sich die Menschen Energie auch leisten können müssen. Mit den Anti-AKW-Gipfeln von Bundeskanzler Werner Faymann und den Umwelt-NGOs wurde vor dem Sommer ein Importverbot von Atomstrom auf den Weg gebracht und im Parlament haben sich auf meine Initiative alle fünf Parteien auf eine gemeinsame österreichische Anti-AKW-Position geeinigt. ■



### Bürgermeister fordern Mitsprache bei Bleiberecht

**Innenministerium soll gut integrierte Ausländer nicht so leicht abschieben können**

Heimische Bürgermeister wollen mehr in Entscheidungen über Bleiberechtsfälle eingebunden werden. Nicht nur in Gemeinden, wo bereits gegen Abschiebungen von gut integrierten Asylwerbern protestiert wurde, kritisieren die Ortschefs die Alleinentscheidungen der Sicherheitsbehörden. Der Salzburger Bürgermeister Heinz Schaden (SP) etwa spricht sich vehement gegen das Zerreißen von Familien aus. Auch der Präsident des Gemeindebundes, Helmut Mödlhammer (VP), verlangt im Gespräch mit dem Standard, dass bei

einer Entscheidung über einen humanitären Aufenthalt die Stellungnahme der zuständigen Bürgermeister verpflichtend zur Beurteilung herangezogen werden solle, weil sich in überschaubaren Verhältnissen vieles leichter und besser beurteilen lasse. Menschenrechtsorganisationen begrüßen den Vorstoß der Gemeinden. Im Innenministerium hingegen ist man skeptisch und verweist darauf, dass ein regionaler Bezug bereits bestehe, weil Landesbehörden für Bleiberechtsfälle zuständig seien.

*Quelle: Der Standard (6. September 2012)*

### „Wir fahren mit Vollgas an die Wand“

Ständig wachsende Leistungsverpflichtungen treiben Österreichs Kommunen an die Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit. Die public-Redaktion lud Maria Fekter (Finanzministerin), Walter Leiss (Gemeindebund-General), Ingeborg Rinke (Bgm. Krems), Bernhard Müller (Bgm. Wiener Neustadt) und Peter Biewald (GF KDZ) zur Diskussion. Moderiert von Reinhard Göweil (Wiener Zeitung) und Josef Ruhaltinger (public) galt es, eine Frage zu beantworten: Welche Auswege führen aus der derzeitigen Leistungskrise? Hier einige Zitate:

„Wenn man Wege findet, die Gemeindeidentität zu bewahren, dann sind Zusammenlegungen und Kooperationen umsetzbar.“ (Walter Leiss)

„Es muss doch möglich sein, Verbindungswege und digitale Infrastruktur am Land so auszubauen, dass auch dort gearbeitet werden kann.“ (Ingeborg Rinke)

„Wir haben acht Landesregelungen und 70 Gesetzmaterien, die Transfers regulieren. Kein einziges Bundesland erstellt einen Transferbericht.“ (Peter Biewald)

„Durch die Transferzahlungen fahren die Gemeinden mit 100 km/h an die Wand.“ (Bernhard Müller)

„Die Zuwanderung in die Speckgürtel nimmt weiter zu. Wir treten an, den Trend zu verlangsamen. Aufhalten können wir ihn nicht.“ (Maria Fekter)

Der vollständige Artikel ist in public – Das Österreichische Gemeindegemagazin, Sonderausgabe 2012, 7-8/2012, erschienen.

### Landflucht: „Man kann die Leute nicht annageln“

**Raumplanerin Gerlind Weber (BOKU Wien) rät den von Bevölkerungsschwind geplagten Orten eine Radikalkur: Abriss**

**Standard:** Stirbt das Land aus?

**Weber:** Das kann man teilweise schon behaupten, nur verläuft die Grenze nicht zwangsläufig zwischen Stadt und Land, sondern zwischen strukturstarken und -schwachen Gebieten. Letztere leiden unter großen Bevölkerungsverlusten – durch Abwanderung und die niedrige Geburtenrate der Verbliebenen.

**Standard:** Worin besteht diese strukturelle Schwäche?

**Weber:** Diese hat viele Facetten: Wenige Arbeitsplätze für hoch qualifizierte, geschlossene Postämter, Tankstellen, Schulen, ausgedünnte Nahversorgung – zwölf Prozent der Gemeinden haben kein Lebensmittelgeschäft mehr. Weil es keine Treffpunkte gibt, begegnet man sich wenig. Ohne Auto ist man arm dran.

**Standard:** Wie kann man junge Menschen vom Gehen abhalten?

**Weber:** Vielfach gar nicht. Wer einmal zur Abwanderung entschlossen ist, lässt sich nicht aufhalten – und das ist gut so. Junge Menschen müssen Erfahrungen anderswo sammeln, gerade im urbanen Raum, das gehört für viele zu einem erfüllten Leben dazu. Man kann die Leute nicht annageln, das ist zum Scheitern verurteilt und entmutigt Gemeinden nur noch mehr. Lieber sollte man sich um jene kümmern, die nicht weg wollen, und dann Chancen für Zu- und Rückwanderung nutzen. Dafür muss sich vielerorts aber schon atmosphärisch eine Menge ändern.

**Standard:** Was braucht es dazu?

**Weber:** Ein entscheidender Faktor sind attraktive Jobs. Dazu muss man beobachten, wohin die Entwicklung geht, und sich dann spezialisieren – etwa auf erneuerbare Energie, Bauen mit Holz, Beautytourismus, Gesundheit oder Altenbetreuung. Die Gemeinden müssen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen, statt ewig zu hoffen, dass Bund und Land die Geldschleusen öffnen. Denn das wird auf absehbare Zeit nicht mehr passieren.

**Standard:** Lässt sich die Zentralisierung aufhalten?

**Weber:** Extremstandorte werden nicht zu halten sein, das muss sich die Gesellschaft eingestehen. Der Wettbewerb ist in der globalisierten Wirtschaft so hart, dass nur beste Lage und Infrastruktur einen Vorteil bringen. Ich plädiere für Rückzugsstrategien. Es ist sinnlos, sämtliche Gebäude und Infrastruktur mit Gewalt zu erhalten, wenn sich keine Nachnutzung findet. Manche Orte müssen bereits Abwasserkanäle künstlich durchspülen, weil zu wenige Benutzer da sind. Viele Häuser drohen brachzuliegen, weil die Kinder weggezogen sind. Da braucht es einen geordneten Schrumpfungsprozess, etwa indem Wohnbaugelder umgepolt werden, um Rückbau oder Abriss zu finanzieren. Das ist vielleicht ein volkswirtschaftlicher Verlust – aber auch ein Gewinn für die Natur.

*Quelle: www.derstandard.at (12. August 2012)*

### Brief von Andreas Schieder, Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen

Vielen Dank für die Einladung zur Konferenz über die Zukunft der Kommunalpolitik in Linz, an der ich gerne teilgenommen habe. Mit großem Interesse habe ich auch die dort verabschiedete Resolution des Kommunalpolitischen Zentrums gelesen. Ich teile Eure Einschätzung bezüglich der wachsenden Aufgabenverantwortung der Kommunen und unterstütze auch die Forderung nach einer erhöhten Unterstützung bei der Finanzierung dieser Aufgaben.

Zwei wesentliche Elemente für die Finanzierung der Städte und Gemeinden habe ich in der Vergangenheit vorangetrieben: Einerseits habe ich mich stets – auch in der Öffentlichkeit – für eine Reform der Grundsteuer eingesetzt. Hier bleibt die Forderung nach einer unmittelbaren Erhöhung der Hebesätze und mittelfristig nach einer Anpassung der Einheitswerte aufrecht. Andererseits habe ich mich in einigen Gesprächen intensiv dafür eingesetzt, den Gemeinden einen vereinfachten Zugang zur Finanzierung über die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur (OeBFA) zu geben. Hier gibt es Gespräche mit dem Kabinett der Finanzministerin, jedoch ist die Umsetzung bis dato noch offen. Ich werde mich jedenfalls weiterhin intensiv dafür einsetzen, den Zugang zur OeBFA für Gemeinden zu ermöglichen.

## Perspektiven für den Binnenmarkt

VÖWG-Podiumsdiskussion über das Funktionieren des Binnenmarkts und die Auswirkungen auf die Daseinsvorsorge



Am 25. Juni lud der VÖWG (Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs) in Kooperation mit der Arbeiterkammer und der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG-KMSfB) zur Jubiläumsveranstaltung unter dem Titel „20 Jahre Binnenmarkt“ ins Haus der Europäischen Union nach Wien. Dort diskutierten (v.l.n.r.) Lukas Oberndorfer (Wissenschaftlicher Referent in der Abteilung EU & Internationales der AK-Wien), Agnes Streissler (Ökonomin), MEP Evelyne Gebhardt (Mitglied

des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz) und Bgm. Bernhard Müller (KPZ-Vorsitzender) über Perspektiven für einen Binnenmarkt, der sich derzeit in einer Krise befindet. So galt es die Frage zu klären, ob das Funktionieren des Binnenmarktes in den letzten Jahren verbessert werden konnte und welche Auswirkungen es für die Daseinsvorsorge gegeben hat. Weiters wurde darüber gesprochen, inwieweit die EU-Binnenmarktgesetzgebung die Politik und die Erfüllung kommunaler Aufgaben betrifft. ■

## Wege aus der Europa-Krise

Bürgermeister Peter Koits lud zum Dialog über zukünftige sozialdemokratische Europapolitik

Europa steckt in einer tiefen politischen und ökonomischen Krise. Deshalb ist es gerade jetzt wichtig, dass sich sozialdemokratische PolitikerInnen im Hinblick auf ihre Aktivitäten in den diversen europäischen Gremien stärker abstimmen. Aus diesem Grund lud Bürgermeister Peter Koits (Wels) (4. v. re.), der den Österreichischen Städtebund seit mehreren Jahren im Europarat vertritt, zu einem ersten Treffen EU-engagierter SozialdemokratInnen. Gemeinsam mit (v.l.n.r.) Magistratsdirektorin Renate Kamleithner (Wels), MEP Evelyn Regner, Bgm. Bernhard Müller (Vorsitzender KPZ/Wiener Neustadt), Zweiter Landtagspräsidentin Gudrun Mosler-Törnström (Salzburg), Stadträtin Silvia Huber (Wels), Ge-

neralsekr. Thomas Weninger (Österreichischer Städtebund) und Abg. z. NR Hannes Weninger (Ausschuss der Regionen) wurden am 23. August im Rathaus Wels europäische Standpunkte diskutiert, Strategien festgelegt und Wege aus der Krise aufgezeigt. ■



## Zu guter Letzt: Noch etwas Wissenswertes



### AUSSCHUSS DER REGIONEN

Der Ausschuss der Regionen (AdR) ist ein beratendes Gremium, welches die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften im institutionellen Gefüge vertritt und sich mit Stellungnahmen in den europäischen Gesetzgebungsprozess einbringt. Der AdR wurde 1994 zu dem Zweck errichtet, den VertreterInnen der Gemeinden, Städte und Regionen ein Mitspracherecht bei der Gestaltung europäischer Gesetze zu geben. Etwa drei Viertel der EU-Vorschriften werden auf regionaler oder lokaler Ebene umgesetzt, weshalb eine derartige Kooperation mit VertreterInnen der Gebietskörperschaften sinnvoll erschien. Der AdR besitzt ein Mitspracherecht in sämtlichen Bereichen, die sich auf die lokale oder regionale Ebene direkt auswirken. Dazu zählen u. a. Regionalpolitik, Umweltrecht, Bildung, Gesundheit, Beschäftigungs- und Sozialpolitik sowie wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt. Der AdR setzt sich aus 344 Mitgliedern zusammen, welche auf Vorschlag der nationalen Regierungen vom Rat für eine vierjährige Funktionsperiode ernannt werden. Österreich ist mit 12 Mitgliedern im AdR vertreten, wobei jedes Bundesland eine/n VertreterIn vorschlägt und Städte- und Gemeindebund gemeinsam 3 Mitglieder entsenden.

Quelle: Österreichischer Städtebund

### RAT DER GEMEINDEN UND REGIONEN EUROPAS

Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), der 1951 von einer Gruppe von BürgermeisterInnen in Genf gegründet wurde, stellt heute die größte Vertretung lokaler und regionaler Interessen auf europäischer Ebene dar. Über seine Mitgliedsverbände in mehr als 30 europäischen Staaten vertritt der RGRE ca. 100.000 lokale und regionale Gebietskörperschaften. Der RGRE setzt sich für die Wahrung lokaler und regionaler Interessen im europäischen Gesetzgebungsprozess ein, im Rahmen seiner Ausschüsse und Arbeitsgruppen werden gemeinsame Positionen dazu erarbeitet. Die Schwerpunkte liegen in den Bereichen Umweltpolitik, Vergaberecht, Regionalpolitik, Verkehrs-, Energie- und Sozialpolitik. Der RGRE ist mit Büros in Brüssel und Paris vertreten und bildet die europäische Sektion im Weltverband der Kommunen, United Cities and Local Governments (UCLG). Der Österreichische Gemeindebund stellt im Hauptausschuss (Policy Committee) zwei Mitglieder.

Quelle: Österreichischer Städtebund